

Daniel Rosch
Christiana Fountoulakis
Christoph Heck
(Hrsg.)

Handbuch Kindes- und Erwachsenenschutz

Recht und Methodik für Fachleute

2., aktualisierte Auflage

Lucerne University of
Applied Sciences and Arts

**HOCHSCHULE
LUZERN**

Soziale Arbeit
FH Zentralschweiz

Haupt Verlag

Zitiervorschlag: Autor/in, in: Rosch/Fountoulakis/Heck, Handbuch Kindes- und
Erwachsenenschutz, Rz. xy

Der Haupt Verlag wird vom Bundesamt für Kultur mit einem Strukturbeitrag
für die Jahre 2016–2020 unterstützt.

2. Auflage: 2018

1. Auflage: 2016

Bibliografische Information der *Deutschen Nationalbibliothek*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-258-08073-4

Alle Rechte vorbehalten.

Copyright © 2016 Haupt Bern

Jede Art der Vervielfältigung ohne Genehmigung des Verlages ist unzulässig.

Umschlaggestaltung und Layout: René Tschirren und Daniela Vacas, Bern

Satz: Die Werkstatt Medien-Produktion GmbH, D-Göttingen

Printed in Germany

www.haupt.ch

Vorwort zur zweiten Auflage

Das Handbuch Kindes- und Erwachsenenschutz hat ungewöhnlich hohe Resonanz in Praxis und Lehre erhalten, so dass bereits ein Jahr nach dem Erscheinen eine Zweitaufgabe ins Auge zu fassen war. In deren Rahmen wurden vorab die rechtlichen Neuerungen und deren Entwicklungen in der Praxis überarbeitet. In der Neuauflage wurden namentlich der Beitrag zum Unterhaltsrecht grundlegend überarbeitet und das Kapitel zum Adoptionsrecht neu verfasst. Die Zweitaufgabe berücksichtigt ferner die neuesten Entwicklungen in Rechtsprechung und Gesetzgebung, etwa im Bereich der Meldepflichten. Der Ansatz der zweiten Auflage bleibt ebenso interdisziplinär und praxisorientiert wie in der Erstauflage.

Den Herausgebern verbleibt zu hoffen, dass auch die zweite Auflage so gut von der Praxis aufgenommen wird wie die erste. Das Buch versteht sich weiterhin als Handbuch „in progress“. Wir freuen uns daher auch hinsichtlich der Neuauflage auf Feedbacks und Hinweise.

Bern, Fribourg, Winterthur, Mai 2018

Daniel Rosch, sozialrecht@danielrosch.ch

Christiana Fountoulakis, christiana.fountoulakis@unifr.ch

Christoph Heck, Christoph.Heck@win.ch

Vorwort zur ersten Auflage

Das revidierte Kindes- und Erwachsenenschutzrecht ist seit einigen wenigen Jahren in Kraft – und steht teilweise auch bereits in der Kritik. Tatsächlich handelt es sich beim Kindes- und Erwachsenenschutz um eine gesellschaftlich brisante Angelegenheit. Der Staat kontrolliert die Fähigkeiten von Sorgeberechtigten und potentiell schutzbedürftigen Menschen und greift, wenn nötig, in ihre Persönlichkeitsrechte ein. Dies steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zur Individualisierung der Lebensstile und der Freisetzung von traditionellen gesellschaftlichen Bezügen. Eingriffe in die persönliche Freiheit des Einzelnen werden zwar durch die Gesetzgebung legitimiert, doch muss die Umsetzung in Bezug auf den Prozess, die Herangehensweise und das Verfahren überzeugend sein. So wird zu Recht eine erhöhte Fachlichkeit von Beiständen, Vormundinnen und Abklärungspersonen gefordert.

Zu den rechtlichen Bezügen des Erwachsenenschutzes sind in den letzten Jahren bereits einige Aufsätze, Kommentare und Lehrbücher erschienen. Anders sieht es im

Kindes(schutz)recht aus; vertiefte Auseinandersetzungen und systematische Darstellungen unter Berücksichtigung der neuen Bestimmungen fehlen noch weitgehend. Eine aktuelle Verbindung von rechtlichen und methodischen Bezügen im Sinne einer fachlichen Einheit fehlt gar vollends. Gerade in diesem letzteren Bereich soll dieses Buch einen Mehrwert schaffen.

Die Themen wurden zum grössten Teil in interdisziplinären Teams bearbeitet, wobei rechtliche und methodische Aspekte verknüpft worden sind. Mangels einer standardisierten Methodik im Kindes- und Erwachsenenschutz war es zuweilen unerlässlich, auf (eigene) regionale Konzepte und Handhabungen zurück zu greifen. Bei den rechtlichen Aspekten wurde auf die praxisrelevanten Punkte fokussiert und anstelle von umfassenden Quellenverweisen auf einige wenige aktuelle Werke verwiesen (im Kindesrecht: Basler Kommentar ZGB I; Häfeli, Grundriss zum Erwachsenenschutz; Häfeli, Wegleitung vormundschaftlicher Organe; im Erwachsenenschutz: Rosch/Büchler/Jakob: Erwachsenenschutzrecht, 2. Auflage). Zentrale methodische und rechtliche Aspekte wurden schematisch sowie in Toolboxes dargestellt; zur Vertiefung einzelner Punkte befindet sich am Ende eines jeden Kapitels ein weiterführendes Literaturverzeichnis. Zu guter Letzt haben wir auch das Luzerner Abklärungsinstrument zum Erwachsenenschutz und das Berner und Luzerner Abklärungsinstrument zum Kinderschutz im Anhang dargestellt; es soll als standardisiertes Musterinstrument Anregungen und Sicherheit in der Abklärung geben.

Das Buch wäre nicht entstanden ohne die vielen fachkundigen und praxiserprobten Autorinnen und Autoren, die sich diesem unorthodoxen Prozess gestellt haben. Ihnen sei sehr herzlich gedankt, aber auch der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, welche uns das Patronat ermöglichte, ferner Herrn Tim Köbrich, wissenschaftlicher Mitarbeiter von Professor Fountoulakis, dessen sorgfältiges Lektorat wesentlich zur Qualität des Buches beigetragen hat, sowie Herrn Matthias Haupt und Frau Elisabeth Homberger vom Haupt Verlag, die die Entstehung dieses Buches von Anfang an unterstützend und effizient begleitet haben.

Eine Materie ist kaum je erschöpfend abgehandelt. Das vorliegende Buch versteht sich als ein erster Wurf, der zu einer qualitativ hochstehenden Arbeit im Kindes- und Erwachsenenschutz beitragen soll. Es darf als Handbuch „in progress“ aufgefasst werden. Die Herausgeber sind deshalb froh um Feedback und Hinweise.

Bern, Fribourg, Winterthur, Dezember 2015

Daniel Rosch

Christiana Fountoulakis

Christoph Heck

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 1. Auflage	5
Vorwort zur 2. Auflage	6
Teil I Einführung in den Kindes- und Erwachsenenschutz	21
I Kindes- und Erwachsenenschutz als Teil des schweizerischen Sozialrechts. (Daniel Rosch)	22
1 Begriff, Zweck und Umfang	22
2 Begriff und Bereiche des schweizerischen Sozialrechts	23
3 Formales Zivilrecht, materiell weitgehend öffentliches Recht	26
4 Übersicht über den Kindes- und Erwachsenenschutz im engeren Sinn	27
II Kindes- und Erwachsenenschutz als Teil des Eingriffssozialrechts	30
(Daniel Rosch)	
1 Grundrechtliche Aspekte	30
2 Insbesondere: Prinzip der Subsidiarität	31
3 Insbesondere: Verhältnismässigkeitsprüfung	32
III Kindes- und Erwachsenenschutzrecht und sein Einfluss auf die Handlungsfähigkeit	34
(Christiana Fountoulakis / Daniel Rosch)	
1 Kindes- und Erwachsenenschutz und Handlungsfähigkeit	34
2 Bestandteile der Handlungsfähigkeit	34
3 Handlungsfähigkeit im Sinn von Geschäftsfähigkeit	36
4 Voraussetzungen und Stufen der Handlungsfähigkeit	37
4.1 Volle Handlungsfähigkeit	37
4.2 Volle Handlungsunfähigkeit	37
4.3 Beschränkte Handlungsunfähigkeit	37
4.4 Beschränkte Handlungsfähigkeit	38
5 Handlungsfähigkeit im Sinn von Deliktsfähigkeit	39
6 Handlungsfähigkeit im Sinn von Prozessfähigkeit	40
7 Schematische Darstellung	40
8 Höchstpersönliche Rechte	41
IV Internationale Sachverhalte	44
(Christiana Fountoulakis)	
1 Einleitung	44
2 Erwachsenenschutzrecht	46
2.1 Haager Erwachsenenschutzübereinkommen	46

2.2	Autonomes Kollisionsrecht	57
3	Kindesschutz	57
3.1	Haager Kindesschutzübereinkommen	57
3.2	Autonomes Kollisionsrecht	66
V	Kindes- und Erwachsenenschutz als Berufsfeld der Sozialen Arbeit	69
	<i>(Daniel Rosch)</i>	
1	Soziale Arbeit und Kindes- und Erwachsenenschutz	69
2	Soziale Arbeit mit Pflichtklientenschaft bzw. im Zwangskontext.	70
2.1	Pflichtklientenschaft und Zwangskontext	70
2.2	Rechtlichen Rahmen klären!	71
2.3	Folge des Zwangskontextes: Reaktanz	72
2.4	Freiwillig und unfreiwillig bzw. selbst- und fremdinitiiert.	74
	Toolbox: Initiative zur Kontaktaufnahme und Veränderungsmotivation für Klientin Y.	76
2.5	Hilfestellung zur Motivationsförderung	76
3	Die Selbstbestimmung	80
3.1	Selbstbestimmung im Erwachsenenschutz	81
3.2	Selbstbestimmung im Kindesschutz.	87
VI	Überblick über die Akteure und deren Aufgaben	91
	<i>(Christoph Heck)</i>	
1	Betroffene schutzbedürftige Person bzw. das Kind und seine Eltern . .	92
2	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (Abklärung und Anordnung).	93
3	Mandatsträger/innen (Führung der Massnahme).	96
4	Beschwerdeinstanz und Aufsichtsbehörde (Überprüfung und Aufsicht)	99
Teil II	Verfahren vor der KESB: Von der Gefährdungsmeldung bis zur Vollstreckung.	101
I	Einleitung	102
	<i>(Patrick Fassbind)</i>	
II	Rechtliche Aspekte	104
	<i>(Patrick Fassbind)</i>	
1	Zuständigkeit der KESB	104
2	Anwendbares Verfahrensrecht vor der KESB	105
3	Verfahrenszwecke, -prinzipien und -grundsätze	107
3.1	Kindeswohl und elterliches Interpretationsprimat sowie Erwachsenenwohl und Selbstbestimmung	107

3.2	Sekundäre Schutzfunktion des Staates, Gesetzmässigkeitsprinzip und Eingriffsschwelle	108
3.3	Subsidiaritäts-, Verhältnismässigkeitsprinzip und Stufenfolge der Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen aus der Verfahrensperspektive	109
3.4	Werthaltungen und erforderliche Verfahrensfertigkeiten.	115
3.5	Das Rechtsschutzprinzip	120
3.6	Übersicht über weitere wichtige Verfahrensprinzipien und -grundsätze	121
3.7	Die Mitwirkungs-, Zusammenarbeitspflicht und die Verfahrensmaximen im Besonderen <i>(Patrick Fassbind / Christophe Herzig)</i>	124
III	Ablauf und Stadien des Kindes- und Erwachsenenschutzverfahrens. <i>(Patrick Fassbind)</i>	128
1	Übersicht über das Kindes- und Erwachsenenschutzverfahren	128
2	Verfahrensinstruktion	129
3	Praxis des Einleitungs- und Eröffnungsverfahrens	131
3.1	Das Einleitungsverfahren	131
3.2	Das Eröffnungsverfahren.	140
4	Vorgehen bei der Hauptabklärung und Instrumente <i>(Verena Peter / Rosmarie Dietrich / Simone Speich)</i>	148
4.1	Planung der Abklärung	152
4.2	Hypothesen bilden	153
4.3	Interaktionsprozesse und Beobachtungs- und Beurteilungsprozess	154
4.4	Erstgespräche	155
4.5	Gespräche mit weiteren Involvierten	157
4.6	Zusammenarbeit mit Schule, Psychiatrie, Strafverfolgung, Sozialhilfe etc. (Case-Management, Interdisziplinarität)	158
4.7	Standards in der Abklärung	159
4.8	Abklärungsbericht	162
	Toolbox: Abklärungsberichtsvorlage Erwachsenenschutz der sozialen Dienste Burgdorf (wird durch die KESB Emmental verwendet, Stand: 07.05.2015).	164
5	Praxis des Erkenntnis-, Anhörungs- und Entscheidverfahrens <i>(Patrick Fassbind)</i>	167
5.1	Überleitung und Einführung	167
5.2	Erkenntnisverfahren	168

5.3	Anhörungsverfahren (rechtliches Gehör und weitere verfahrensrechtliche Aspekte)	170
	<i>(Patrick Fassbind / Christophe Herzig)</i>	
	Toolbox (Praxisinformationen Kindesanhörung)	186
5.4	Exkurs: Eignung und Ernennung der Beistandsperson	186
	<i>(Gregor Frey / Sebastian Peter)</i>	
5.5	Entscheidungsverfahren	188
	<i>(Patrick Fassbind)</i>	
5.6	Entscheideröffnungsverfahren	191
6	Die KESB im Beschwerde- und Vollstreckungsverfahren	193
	<i>(Patrick Fassbind)</i>	
6.1	Aufgaben der KESB vor einem und im Beschwerdeverfahren	193
6.2	Exkurs: Aufgaben der KESB als Beschwerdeinstanz in Bezug auf die beistandschaftliche Tätigkeit (Art. 419 ZGB)	195
6.3	Vollstreckungsverfahren	197
Teil III	Mandatsführung	203
I	Rolle und Auftrag	204
	<i>(Astrid Estermann / Andrea Hauri / Urs Vogel)</i>	
II	Aufgaben im Kindes- und Erwachsenenschutz	207
	<i>(Astrid Estermann / Andrea Hauri / Urs Vogel)</i>	
1	Aufgabenfelder im Kinderschutz	208
	Toolbox: Ziele und mögliche konkrete Aufgaben im Kinderschutz	209
2	Aufgabenfelder im Erwachsenenschutz	211
	Toolbox: Ziel und mögliche konkrete Aufgaben in den Aufgabenfeldern im Erwachsenenschutz	212
III	Sorgfaltspflichten und Schweigepflicht	215
	<i>(Astrid Estermann / Andrea Hauri / Urs Vogel)</i>	
	Toolbox: Anforderungsprofil Berufsbeiständigen und Berufsbeistände	217
IV	Umsetzung der Aufgaben	218
	<i>(Astrid Estermann / Andrea Hauri / Urs Vogel)</i>	
1	Falleinstieg	218
	Toolbox: Für Falleinstieg generell	219
1.1	Im Kinderschutz	219
	Toolbox: Falleinstieg im Kinderschutz	221
1.2	Im Erwachsenenschutz	223
	Toolbox: Falleinstieg Erwachsenenschutz	224

2	Erstgespräche.....	225
3	Diagnostik und Handlungsplan	226
3.1	Diagnostik im Kindes- und Erwachsenenschutz.....	226
3.2	Handlungsplan im Kindes- und Erwachsenenschutz.....	228
	Toolbox: Muster Ziel- und Handlungsplan im Kinderschutz.....	231
	Toolbox: Beispiel eines fiktiven Budgets ohne Vermögen	234
4	Berichterstattungspflicht	235
	Toolbox: Struktur Rechenschaftsbericht	236
V	Sozial(versicherungs)rechtliche Ansprüche und Ressourcenerschliessung	237
	<i>(Peter Mösch Payot)</i>	
1	Mandate des Kindes- und Erwachsenenschutzes und Erschliessung von sozialrechtlichen Leistungsansprüchen	237
2	Geltendmachung von sozialrechtlichen Ansprüchen von Mandatsträgern im Kindes- und Erwachsenenschutz.....	238
2.1	Vertretungshandlungen des Mandatsträgers zur Geltendmachung von sozialrechtlichen Ansprüchen	238
2.2	Unterstützung des Betroffenen zur selbstständigen Geltendmachung von sozialrechtlichen Ansprüchen	239
2.3	Vorbehalt der Zustimmung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde	240
3	Überblick über das System der sozialen Sicherheit in der Schweiz ...	240
3.1	Begriff der sozialen Sicherheit	240
3.2	Die Ausgestaltung der sozialen Sicherheit in der Schweiz	241
	Toolbox: Rechtsquellen und Informationen Soziale Sicherheit	256
VI	Mitwirkung der Behörde	261
	<i>(Astrid Estermann / Andrea Hauri / Urs Vogel)</i>	
1	Allgemeines	261
2	Im Kinderschutz	262
3	Im Erwachsenenschutz.....	263
	Toolbox: Zustimmungsbedürftige Geschäfte:	263
VII	Ende des Mandats	266
	<i>(Astrid Estermann / Andrea Hauri / Urs Vogel)</i>	
1	Anlass für ein Ende des Mandats.....	266
2	Ende der Mandatsführung durch Aufhebung oder Volljährigkeit ...	267
3	Ende des Mandats durch Übertragung.....	268
4	Ende der Mandatsführung bei Tod	268

Teil IV	Ausgewählte Aspekte des Kindesrechts	271
I	Entstehung des Kindsverhältnisses	272
	<i>(Urs Vogel / Kurt Giezendanner)</i>	
1	Entstehung des Kindsverhältnisses zur Mutter	272
1.1	Durch Geburt	272
1.2	Durch Adoption	273
1.3	Künstliche Fortpflanzung	273
1.4	Findelkinder – Anonyme Geburt	274
2	Vaterschaft des Ehemannes	275
2.1	Rechtliche Aspekte	275
2.2	Soziale Elternschaft	277
2.3	Anfechtung der Vermutung	277
3	Vaterschaft durch Anerkennung	282
3.1	Anerkennung	282
3.2	Anfechtung der Anerkennung (Falschanerkennung)	282
3.3	Vertretung des Kindes im Anfechtungsprozess	283
	Toolbox: Mustertext für die Errichtung einer Beistandschaft zur Vertretung des Kindes im Vaterschaftsanfechtungsprozess	284
4	Vaterschaft durch Urteil (Vaterschaftsklage)	285
4.1	Rechtliche Grundlagen	285
4.2	Vertretung des Kindes	286
4.3	Individuelle Sachverhalte	289
	Toolbox: Muster für die Errichtung einer Beistandschaft zur Feststellung der Vaterschaft und Regelung des Unterhalts	291
5	Adoption	292
	<i>(Ursula Metzger / Denise Hug)</i>	
5.1	Grundidee der Adoption	292
5.2	Die wichtigsten Neuerungen des Adoptionsrechts per 01. Januar 2018	294
5.3	Massgebende gesetzliche Grundlagen zur Adoption	295
5.4	Allgemeine Voraussetzungen der Adoption	297
5.5	Die verschiedenen Adoptionsformen und deren spezifische Voraussetzungen	303
5.6	Wirkungen der Adoption	307
5.7	Das Adoptionsgeheimnis	314
5.8	Die Aufgaben der KESB bei nationalen Adoptionen	316
5.9	Aufgaben des Beistandes/Vormundes	318
5.10	Aufgaben der Zentralbehörden Adoption bei internationalen Adoptionen	321
5.11	Adoptionsverfahren	325

II	Elterliche Sorge	328
	<i>(Linus Cantieni / Brigitta Wyss)</i>	
1	Rechtliche Aspekte	328
1.1	Inhalt und Träger der elterlichen Sorge	328
1.2	Exkurs Stief- und Pflegeeltern	330
1.3	Terminologie Obhut, persönlicher Verkehr und Betreuungsanteile	331
1.4	Entscheidungskompetenzen der Eltern	332
2	Aufgaben der KESB	334
2.1	Entgegennahme der Erklärung über die gemeinsame elterliche Sorge	334
2.2	(Neu-)Regelung der elterlichen Sorge, der Obhut, der Betreuungsanteile/des persönlichen Verkehrs, des Unterhaltes ..	334
2.3	Entscheidungsinstanz bei strittigem Wohnortwechsel des Kindes	337
2.4	Beratung der Eltern	338
3	Regelung der AHV-Erziehungsgutschriften	339
	Toolbox: Alltägliche Entscheide und Entscheide von erheblicher Tragweite	340
	Toolbox: Sachliche Zuständigkeiten in Belangen der gemeinsamen elterlichen Sorge	341
	<i>(Linus Cantieni / Daniel Rosch)</i>	
III	Persönlicher Verkehr	345
	<i>(Diana Wider / Daniel Pfister-Wiederkehr)</i>	
1	Rechtliche Grundlagen	346
1.1	Rechtliche Teilaspekte	346
1.2	Interventionsmöglichkeiten	355
	Toolbox: Elterliche Vereinbarung über den persönlichen Verkehr“ (Musterformulierung)	357
1.3	Grenzen des rechtlichen Instrumentariums	359
2	Verständnis von Auftrag und Rolle	359
2.1	Allgemeine Überlegungen	359
2.2	Zwei mögliche Auftrags- und Rollenverständnisse	360
2.3	Nutzen für das Kind als Orientierungspunkt	361
3	Kinderorientierte Gesprächsführung mit Eltern	362
3.1	Nützliche Anrede	362
3.2	Nützliche Fragen	362
	Toolbox: „Nützliche Fragen“	363
3.3	Nützliches Durchdenken	363
	Toolbox: Gesprächstool „Durchdenken lassen“	363

3.4	Nützlicher Perspektivenwechsel	364
	Toolbox: „Brief an meine Eltern“	364
4	(Besuchsrechts-)Beistandschaft	364
4.1	Begriff und rechtliche Grundlagen.....	364
4.2	Umschreibung des Auftrags	365
4.3	Abgrenzung der Zuständigkeit Eltern – KESB/Gericht – Beiständin	365
4.4	Aufgaben des Beistandes	366
	Toolbox: „Errichtung einer Beistandschaft zur Unterstützung des persönlichen Verkehrs (Art. 308 Abs. 1 und 2 ZGB)“ (Musterformulierung)	367
4.5	Aufhebung bei ausbleibendem Erfolg	368
5	Angeordnete Mediation/Beratung	368
5.1	Rechtliche Grundlagen	369
5.2	Angeordnete Mediation (Pflichtmediation)	370
	Toolbox: „Anordnung und Weisung betreffend kinderorientierte Mediation zugunsten von [Name des Kindes]“ (Musterformulierung)	372
5.3	Angeordnete Beratung (Pflichtberatung)	372
6	Schlussbemerkung: Ein Leuchtturm bei hohem Seegang.....	373
IV	Kindesunterhalt	377
	<i>(Christophe Herzig / Charlotte Christener / Daniel Rosch)</i>	
1	Vorbemerkungen	377
2	Rechtsnatur des Rechts auf Kindesunterhalt	377
3	Gegenstand und Umfang der Unterhaltspflicht.....	377
3.1	Im Allgemeinen	377
3.2	Beitragspflicht des Kindes im Besonderen.....	379
3.3	Exkurs: Kosten für Rechtsschutz, Kindeschutzmassnahmen und Kindesvertretung sowie Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege und unentgeltlichen Rechtsbeistand im Besonderen	380
4	Dauer der Unterhaltspflicht (insbesondere Volljährigenunterhalt) ...	381
5	Festlegung des Geldunterhalts	385
5.1	Allgemeines.....	385
5.2	Angemessener Unterhaltsbeitrag	386
5.3	Mankofälle	397
5.4	Mindestinhalt des Entscheids und der Verträge über Unterhaltsbeiträge	397
6	Veränderung der Verhältnisse und Indexierung.....	398

7	Grundlegende verfahrensrechtliche Aspekte	400
7.1	Uneingeschränkte Untersuchungs- und Officialmaxime	400
7.2	Sachliche (KESB oder Gericht) und örtliche Zuständigkeiten. . .	400
7.3	Selbstständige Unterhaltsklage	401
8	Verträge über die Unterhaltspflicht.	401
8.1	Allgemeines.	401
8.2	Genehmigung und umfassende (materielle) Prüfungspflicht . . .	402
8.3	Aufhebung wegen Vertragsmangel	403
8.4	Definitiver oder provisorischer Rechtsöffnungstitel?	403
9	Erfüllung und Vollstreckung der Unterhaltspflicht	404
9.1	Das Kind als Gläubiger	404
9.2	„Zahlstelle“	404
9.3	Subrogation (Legalzession).	404
9.4	Inkassohilfe.	405
9.5	Schuldneranweisung und Sicherstellung	406
9.6	Bevorschussung	407
9.7	Strafrecht.	407
10	Aufgaben KESB	408
10.1	Umfassende Prüfung und Genehmigung von Unterhaltsverträgen	408
10.2	Inkassohilfe.	408
10.3	Möglichkeit, Unterhaltsvereinbarung der KESB zu unterbreiten bei Begründung der gemeinsamen elterlichen Sorge durch gemeinsame Erklärung	408
10.4	Zuständigkeitsproblematik im Streitfall bei unverheirateten Eltern, Empfehlungen und Postulat	409
10.5	Stellung des Strafantrags	409
10.6	Einsetzung einer Beistandsperson zur Wahrung des Unterhaltsanspruches	410
11	Auftrag/Aufgaben Mandatsträger (Art. 308 ZGB).	410
11.1	Auftrag (rechtlich)	410
11.2	Aufgaben/Rolle und Ausführung	411
	Toolbox	412
V	Das Kindesvermögen (Karin Anderer)	418
1	Einführung	418
2	Der Begriff des Kindesvermögens	418
3	Die Verwaltung des Kindesvermögens im Allgemeinen	419
4	Die Verwendung der Erträge	421
5	Die Anzehrung des Kindesvermögens.	424

6	Das freie Kindesvermögen	428
7	Der Schutz des Kindesvermögens	430
8	Das Ende der Kindesvermögensverwaltung	433
9	Verantwortlichkeit	434
Teil V	Kindesschutz	437
I	Begriff und Arten des Kindesschutzes <i>(Daniel Rosch / Andrea Hauri)</i>	438
1	Der freiwillige Kindesschutz	438
2	Der öffentlich-rechtliche Kindesschutz	438
3	Der strafrechtliche Kindesschutz	440
4	Der zivilrechtliche Kindesschutz	441
II	Zivilrechtlicher Kindesschutz <i>(Daniel Rosch / Andrea Hauri)</i>	442
1	Begriff	442
2	Maximen des Kindesschutzes	443
3	Kindeswohl und Kindeswohlgefährdung	444
3.1	Definition des Begriffs Kindeswohl	444
	Toolbox: angestrebte Grundfähigkeiten des Menschen nach Nussbaum	446
3.2	Kindeswohlgefährdung	446
	Toolbox: Risiko- und Schutzfaktoren sowie Gefährdungsformen des Ber- ner und Luzerner Abklärungsinstruments zum Kindesschutz	447
3.3	Kindeswohl und Kindeswille	448
3.4	Wirkungsanspruch	449
4	Formen von Kindeswohlgefährdungen	450
4.1	Vernachlässigung	450
4.2	Körperliche Misshandlung	451
4.3	Sexuelle Gewalt	451
4.4	Psychische Misshandlung	451
4.5	Weitere Formen von Kindeswohlgefährdungen	452
5	Checkliste Kindesschutzmassnahme	453
6	Massnahmen des zivilrechtlichen Kindesschutzes	454
6.1	Vorrang (freiwilliger) Unterstützung/Hilfen	454
6.2	Ermahnung (Art. 307 Abs. 3 ZGB)	454
6.3	Weisungen (Art. 307 Abs. 3 ZGB)	455
6.4	Aufsichtsperson/Aufsichtsstelle nach Art. 307 Abs. 3 ZGB – Erziehungsaufsicht	457
6.5	Weitere „geeignete Massnahmen“ nach Art. 307 ZGB	458

6.6	Erziehungsbeistandschaft nach Art. 308 ZGB	459
6.7	Aufhebung des Aufenthaltsbestimmungsrechtes (Art. 310 ZGB) Toolbox: Indikation für verschiedene Unterbringungsformen:	467 471
	Toolbox Beteiligung von Kindern an der Mandatsführung	479
6.8	Entziehung der elterlichen Sorge (Art. 311 und Art. 312 ZGB)..	480
7	Beistandschaften nach Art. 306 Abs. 2 ZGB	484
	<i>(Urs Vogel)</i>	
7.1	Verhinderung der Eltern	484
7.2	Interessenskollision der Eltern	486
7.3	Aufgaben der KESB	487
7.4	Eigenes Handeln der KESB	488
7.5	Stellung und Aufgabe der Beiständin	489
Teil VI	Erwachsenenschutz	493
I	Elemente des Erwachsenenschutzes	494
	<i>(Christiana Fountoulakis / Daniel Rosch)</i>	
1	Behördliche Massnahmen	495
2	Alternativen	496
2.1	Instrumente der Selbstbestimmung bei Urteilsunfähigkeit (eigene Vorsorge, Art. 360–373 ZGB)	496
2.2	Gesetzliche Vertretungsrechte bei Urteilsunfähigkeit	505
II	Die Beistandschaft	521
	<i>(Luca Maranta)</i>	
1	Einleitung	521
2	Schwächezustände	522
2.1	Übersicht	522
2.2	Urteilsfähigkeit als Voraussetzung?	522
2.3	Sozialmedizinische Schwächezustände	524
2.4	(Vorübergehende) Verhinderung einer Person	529
3	Schutzbedürftigkeit	530
4	Massschneidung und Aufgabenbereiche	531
4.1	Überblick über die Massschneidung	531
4.2	Die Bestimmung der Aufgabenbereiche	533
4.3	Die Bestimmung der Beistandschaftsart	535
4.4	Praktische Hinweise zur Massschneidung	537
5	Exkurs: Art. 392 ZGB	540
6	Handlungsfelder bei Beistandschaften	544
	<i>(Gregor Frey / Sebastian Peter / Daniel Rosch)</i>	
6.1	Ernennung der Beistandsperson	544

6.2	Errichtungsbeschluss	545
6.3	Erstkontakt	546
6.4	Information an Dritte	546
6.5	Instruktion der Beistandsperson	547
6.6	Anpassung bei Änderung der Verhältnisse	547
6.7	Zustimmungsbedürftige Geschäfte	548
6.8	Inventaraufnahme	548
6.9	Rechnungsablage	549
6.10	Bericht über die persönlichen Verhältnisse	550
	Toolbox: Merksätze für die Mandatsführung	551
7	Begleitbeistandschaft (Art. 393 ZGB)	552
7.1	Rechtliche Grundlagen	552
7.2	Handlungsfelder von KESB und Beistandsperson	554
7.3	Abgrenzung zu anderen behördlichen Massnahmen	556
7.4	Typische Anwendungsfälle	557
7.5	Praktische Herausforderungen	557
	Toolbox: Begleitbeistandschaft (Art. 393 ZGB)	559
8	Vertretungsbeistandschaft (Art. 394/395 ZGB)	560
8.1	Rechtliche Grundlagen	560
8.2	Vertretungsmacht im Allgemeinen	561
8.3	Stellvertretung und Selbstbestimmung	564
8.4	Besondere Vertretungsverhältnisse	568
8.5	Handlungsfelder von KESB und Beistand	568
8.6	Abgrenzung zu anderen Beistandschaftsarten	569
8.7	Typische Anwendungsfälle	570
8.8	Praktische Herausforderungen	570
	Toolbox: Vertretungsbeistandschaft (Art. 394 ZGB)	571
8.9	Vertretungsbeistandschaft mit Vermögensverwaltung (Art. 394 i. V. m. 395 ZGB)	572
	Toolbox: Vertretungsbeistandschaft mit Vermögensverwaltung (Art. 394 i. V. m. Art. 395 ZGB)	585
9	Mitwirkungsbeistandschaft (Art. 396 ZGB)	586
9.1	Rechtliche Grundlagen	586
9.2	Zusammenwirken zwischen Beistandsperson und betroffener Person	587
9.3	Handlungsfelder von KESB und Beistand	587
9.4	Typische Anwendungsfälle	589
9.5	Abgrenzung zu anderen behördlichen Massnahmen	589
9.6	Praktische Herausforderungen	590
	Toolbox: Mitwirkungsbeistandschaft (Art. 396 ZGB)	590

10	Kombination von Beistandschaften (Art. 397 ZGB)	591
	Toolbox: Kombination von Beistandschaften (Art. 397 ZGB)	591
11	Umfassende Beistandschaft (Art. 398 ZGB)	592
	11.1 Rechtliche Grundlagen	592
	11.2 Handlungsfelder von KESB und Beistand	593
	11.3 Abgrenzung zu anderen behördlichen Massnahmen	594
	11.4 Typische Anwendungsfälle	594
	11.5 Praktische Herausforderungen	595
	Toolbox: Umfassende Beistandschaft (Art. 398 ZGB)	596
III	Die Fürsorgerische Unterbringung	597
	<i>(Benjamin Dubno / Daniel Rosch)</i>	
1	Begriff	597
	1.1 Vorbemerkung	597
	1.2 Fürsorgerische Unterbringung im weiteren Sinne (FU i.w.S.) . .	597
2	Voraussetzungen für eine Zwangseinweisung (FU i.e.S.)	598
3	Möglichkeiten zur Reduzierung von FU-Einweisungen (FU i.e.S.) . .	600
	3.1 Einschränkung der Berechtigung zum Ausstellen einer FU	600
	3.2 Klinikkultur	601
	3.3 Aufsuchende Hilfe / Case Management	601
	3.4 Gemeindenahe Versorgung	601
	3.5 Behandlungsvereinbarungen	601
4	Zuständigkeiten	602
	4.1 Zuständigkeit zwischen Ärzten und Behörden	602
	4.2 Spezialfall: Ärztliche Zurückbehaltung (Art. 427 ZGB)	603
5	Medizinische Massnahmen bei psychischer Störung	605
	5.1 Der Behandlungsplan bei psychischer Störung in einer psychiatrischen Klinik	606
	5.2 Medizinische Massnahmen bei psychischer Störung ohne Zustimmung zum Behandlungsplan	607
6	Weitere wichtige Rahmenbedingungen bei einer FU	610
	6.1 Vertrauensperson (Art. 432 ZGB)	610
	6.2 Periodische Überprüfung (Art. 431 ZGB)	612
7	Einschränkung der Bewegungsfreiheit (Art. 438 ZGB)	612
8	Entlassung	614
	8.1 Entlassungskompetenz	614
	8.2 Entlassungskriterien	615
	8.3 Austrittsgespräch (Art. 436 ZGB)	615
9	Nachbetreuung (Art. 437 ZGB)	616

Teil VII	Verantwortlichkeit	623
1	Übersicht	624
	<i>(Karin Anderer)</i>	
2	Die Haftung nach Art. 454 ZGB	624
2.1	Die Voraussetzungen im Allgemeinen	624
2.2	Die Sorgfaltspflichten im Besonderen	625
2.3	Die Handlungen oder Unterlassungen im Rahmen behördlicher Überwachungs- und Eingriffsmassnahmen	627
2.4	Schadenersatz und Genugtuung	628
2.5	Anspruchsberechtigte	628
2.6	Haftbarkeit des Kantons und Rückgriff	628
3	Verjährung	629
4	Die Haftung nach Auftragsrecht	630
5	Prüfschema für Beiständinnen und Beistände	632
Anhang	635
	Anhang I: Das Berner und Luzerner Abklärungsinstrument zum Kindesschutz	636
	<i>(Andrea Hauri / Andreas Jud / David Lätsch / Daniel Rosch)</i>	
	Anhang II: Das Luzerner Abklärungsinstrument zum Erwachsenenschutz	674
	<i>(Daniel Rosch)</i>	
	Abkürzungsverzeichnis	711
	Stichwortverzeichnis	718
	Autorinnen und Autoren	734